

14.06.2023 | Bildung

Christopher Vogt zu TOP 10 "Politische und wirtschaftliche Bildung in den Schulen stärken"

In seiner Rede zu TOP 10 (Politische und wirtschaftliche Bildung in den Schulen stärken) erklärt der Vorsitzende und bildungspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Eine gute Bildung ist wohl das Beste, was wir als Gesellschaft den jungen Menschen für ein möglichst selbstbestimmtes Leben mitgeben können.

Unsere Kinder und Jugendlichen sollen ja mündige Staatsbürgerinnen und Staatsbürger und aufgeklärte Verbraucherinnen und Verbraucher werden. Deshalb wollen wir die politische und die wirtschaftliche Bildung in unseren Schulen stärken.

Darum geht es uns mit unserem Antrag, denn wir sehen in diesen beiden wichtigen Bereichen noch viel Luft nach oben, was ja auch verschiedene Studien immer wieder unterstreichen. Die politische und wirtschaftliche Bildung in unseren Schulen zu stärken, das ist – mit Blick auf den Fachkräftemangel und andere Herausforderungen an den Schulen – sicherlich leichter gesagt als getan, deshalb kann dies natürlich nur schrittweise erfolgen. Es geht uns aber darum, heute das Signal zu senden, dass dies tatsächlich gewollt ist und angepackt wird.

Wir schlagen vor, das Fach WiPo in der Kontingenztafel schrittweise auszuweiten, so dass es mittelfristig bereits ab der Klassenstufe fünf flächendeckend unterrichtet werden kann. Wir hätten auch große Sympathien für ein eigenständiges Schulfach Wirtschaft, aber der von uns hier vorgeschlagene Weg wäre natürlich mit Blick auf die Herausforderungen im Lehrplan und die benötigten Lehrkräfte einfacher zu umsetzen.

Es ist aber auf jeden Fall wichtig, dass die jungen Menschen verstehen, wie unsere Soziale Marktwirtschaft funktioniert und dass sie auch erste Einblicke bekommen, wie das mit den Steuern, Versicherungen, Aktien oder auch Handy- und Mietverträgen läuft.

Es gibt dafür auch gute Ansätze: Wir hatten ja in der Jamaika-Koalition auch schon gemeinsam das Landeskonzept ‚Entrepreneurship Education‘ auf den Weg gebracht, das wirklich eine gute Grundlage ist, z.B. auch Planspiele beinhaltet, aber angesichts der Pandemie leider etwas in den Hintergrund getreten ist.

Es ist auch gut, dass die Bundesregierung mittlerweile – gemeinsam mit der OECD – daran arbeitet, die finanzielle Bildung in Deutschland zu stärken.

Man könnte auch darüber diskutieren, ob WiPo nicht zum Pflichtfach werden sollte, denn es kann passieren, dass man in der Gemeinschaftsschule bis zum mittleren Schulabschluss keine einzige Stunde Politikunterricht hatte. Das ist sicherlich alles andere als der Regelfall, aber dass dies möglich ist, finde ich wirklich problematisch.

Unsere Jugend ist meines Erachtens viel interessierter an politischen Themen, als es oft heißt. Und das hat nicht nur ‚Fridays for Future‘ gezeigt. Bei Besuchen in den Schulen sagen einem die Schülerinnen und Schüler ja sehr häufig, dass sie sich mehr politische und wirtschaftliche Bildung wünschen würden. Das ist zuletzt auch wieder bei ‚Jugend im Landtag‘ durch gleich mehrere Beschlüsse mehr als deutlich geworden.

WiPo-Lehrer berichten einem, dass auch in den Schulen in der Zeit der Pandemie Verschwörungstheorien Hochkonjunktur hatten. Deshalb muss klar sein: Nichts immunisiert so gut gegen Extremismen aller Art wie eine fundierte politische Bildung!

Wir sind aber auch erklärte Fans des Praxisbezugs. Deshalb wollen wir mehr sinnvolle Praktika in der Wirtschaft ermöglichen, aber auch den direkten Austausch der Schülerinnen und Schüler mit der Politik stärken. Es ist uns ein wichtiges Anliegen, diesen Austausch weiter zu intensivieren und den jungen Menschen auch die Möglichkeit zu geben, politische Entscheidungen hautnah zu erleben – nicht nur kurz vor Wahlen, sondern auch dazwischen. Viele Schulen organisieren den Besuch in einem Parlament (wie z.B. hier den Landtag) und viele Schulen organisieren Podiumsdiskussionen oder Formate wie derzeit ‚dialogP‘, aber die meisten weiterführenden Schulen tun dies leider noch immer nicht.

Ich halte es für sehr wichtig, dass alle junge Menschen nicht nur die Gelegenheit bekommen, einmal Unternehmerpersönlichkeiten oder andere interessante Menschen aus dem Berufsleben kennen zu lernen und dadurch vielleicht auch ein Stück weit Vorbilder zu haben. Ich halte es auch für sehr wichtig, dass die Schülerinnen und Schüler erkennen, dass die Abgeordneten – und eben auch die Spitzenpolitiker – in Deutschland in der Regel aus ganz normalen Verhältnissen kommen und vielleicht ganz ähnliche Themen wie sie selbst hatten, die sie dazu motiviert hatten, sich selbst politisch einzubringen. Es wird ja nun einmal nicht in allen Familien regelmäßig über Politik gesprochen. Wenn dies dann in der Schule auch nicht passiert, fehlt den jungen Menschen etwas ganz Wichtiges.

Deshalb sollte die Landesregierung darauf hinwirken, dass zukünftig an allen weiterführenden Schulen in Schleswig-Holstein – zumindest vor wichtigen Wahlen – auch entsprechende Veranstaltungen stattfinden. Das ist meines Erachtens auch eine Frage der Chancengerechtigkeit.

Die Demokratien sind weltweit herausgefordert: Vor allem durch systemische Rivalen, die ein autoritäres Regierungssystem haben und im Zweifel auch nicht davor zurückschrecken, die Populisten und Anti-Demokraten in den USA und Europa zu unterstützen. Das war seit Jahrzehnten nicht mehr so aktuell wie gerade jetzt.

Auch deshalb gehören für uns z.B. auch Diskussionen über die Sicherheitspolitik und die Rolle der Bundeswehr in die Schulen. Wir sind deshalb auch dafür, dass Jugendberufsoffiziere deutlich öfter als bisher an unseren Schulen zu Gast sein können. Ebenso wie Vertreter von Feuerwehr und Polizei, die über ihre Arbeit informieren sollten.

Den Alternativantrag der Koalition habe ich natürlich gesehen. Ich denke, es gibt bei diesem Thema durchaus Gemeinsamkeiten, über die wir im Bildungsausschuss weiter diskutieren sollten.“

Sperrfrist Redebeginn!

Es gilt das gesprochene Wort



Christopher Vogt

Sprecher für Bildung, Hochschule, Wissenschaft und Kultur

Kontakt:

Sina Schmalfuß, v.i.S.d.P.
stv. Pressesprecherin

Tel.: 0431 988 1490

fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de

FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

E-Mail: fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de, Internet: www.fdp-fraktion-sh.de